

SWR2 Wissen: Aula

Die Krise der Demokratie

Von Felix Heidenreich

Sendung: Sonntag, 10. Mai 2020, 8.30 Uhr

Redaktion: Ralf Caspary

Produktion: SWR 2020

In vielen demokratischen Staaten ist eine Krise, ja vielleicht sogar eine Erosion der Demokratie zu beobachten. Was sind die sozialen Gründe für diese Entwicklung, was kann man gegen die Krise tun? Antworten gibt der Politikwissenschaftler Dr. Felix Heidenreich.

Bitte beachten Sie:

Das Manuskript ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers bzw. des SWR.

SWR2 können Sie auch im **SWR2 Webradio** unter www.SWR2.de und auf Mobilgeräten in der **SWR2 App** hören – oder als **Podcast** nachhören:

Kennen Sie schon das Serviceangebot des Kulturradios SWR2?

Mit der kostenlosen SWR2 Kulturkarte können Sie zu ermäßigten Eintrittspreisen Veranstaltungen des SWR2 und seiner vielen Kulturpartner im Sendegebiet besuchen. Mit dem Infoheft SWR2 Kulturservice sind Sie stets über SWR2 und die zahlreichen Veranstaltungen im SWR2-Kulturpartner-Netz informiert. Jetzt anmelden unter 07221/300 200 oder swr2.de

Die SWR2 App für Android und iOS

Hören Sie das SWR2 Programm, wann und wo Sie wollen. Jederzeit live oder zeitversetzt, online oder offline. Alle Sendung stehen mindestens sieben Tage lang zum Nachhören bereit. Nutzen Sie die neuen Funktionen der SWR2 App: abonnieren, offline hören, stöbern, meistgehört, Themenbereiche, Empfehlungen, Entdeckungen ...
Kostenlos herunterladen: www.swr2.de/app

MANUSKRIFT

Anmoderation:

Mit dem Thema: „Die Krise der Demokratie“. Am Mikrofon: Ralf Caspary.

In vielen demokratischen Staaten ist eine Krise, ja vielleicht sogar eine Erosion der Demokratie zu beobachten. Einige Bevölkerungsgruppen fühlen sich schlecht oder gar nicht mehr von der politischen Elite repräsentiert, und rechtspopulistische Bewegungen sehnen ein Ende der demokratischen Strukturen, des Parlamentarismus herbei.

Es gibt mehrere Erklärungen dafür, eine ist die These, dass sich Politiker und Bürger und Bürgerinnen immer weiter voneinander entfernt haben, man hat sich entfremdet. Die Politiker sind enttäuscht, weil die Bürger sie mit immer neuen unerfüllbaren Forderungen konfrontieren; die Bürger sind enttäuscht, weil sich aus ihrer Sicht die Politiker vor der Wirklichkeit abgeschottet haben.

Das nennt man Politiker- oder Politikverdrossenheit. Wie kann man die Krise überwinden? Vielleicht, indem man auch mal fragt, welche Pflichten haben die Bürger eigentlich in einer Demokratie, wie kann man sie besser einbinden in die politische Arbeit?

Felix Heidenreich, Sozialwissenschaftler an der Uni Stuttgart und der erste Manfred Rommel Stipendiat der Landeshauptstadt Stuttgart, behauptet, dass wir nicht nur Ansprüche an die Demokratie stellen sollten, sondern uns auch in Anspruch nehmen lassen sollten. Diese These gewinnt in der Corona-Krise neue Aktualität. Hören Sie seinen Vortrag dazu.

Felix Heidenreich:

Barack Obama verwendete in seinen Reden immer wieder die Formel: „We're all in this together!“ Damit wollte er den Kern der amerikanischen Demokratie kennzeichnen: Sie ist die gemeinsame Sache aller Bürgerinnen und Bürger.

Die Corona-Krise veranschaulicht Obamas Einsicht jeden Tag mit schonungsloser Härte: Gesundheit ist kein ausschließlich privates Projekt mehr: Wir werden zusammen gesund oder zusammen krank.

Auch hier stecken wir tatsächlich gemeinsam drin. Wir waschen uns die Hände, nicht weil Angela Merkel uns darum bittet, sondern um das Leben von Mitbürgerinnen und Mitbürgern zu schützen. Aber was bedeutet diese Einsicht eigentlich für unsere Vorstellung von Demokratie? Was genau zeigt sich hier? Vielleicht nähert man sich dieser Frage am besten über einen Umweg.

Kennen Sie den Film „Die zwölf Geschworenen“? Vermutlich haben Sie ihn irgendwann einmal im Kino gesehen oder im Fernsehen, denn dieser Klassiker des amerikanischen Films von 1957 hat Filmgeschichte geschrieben. Der Regisseur Sidney Lumet lässt hier zwölf Jury-Mitglieder darüber entscheiden, ob ein junger

Angeklagter schuldig gesprochen und hingerichtet wird. Am Anfang sind sich alle einig: Es kann nur der Angeklagte gewesen sein. Nur ein einziger Geschworener hat Zweifel, ein einsamer Kämpfer für die Wahrheit. Doch es gelingt ihm, nach überraschenden Wendungen und heftigen Konfrontationen, die anderen von seiner Skepsis zu überzeugen. Am Ende lautet das Urteil: nicht schuldig, denn es gilt der Grundsatz: im Zweifel für den Angeklagten. Dieses Kammerstück gilt als stilbildendes Meisterwerk des modernen Justizdramas.

Der Film lässt sich jedoch auch anders deuten, nämlich nicht nur als Justizdrama, sondern auch als – man verzeihe den etwas gedrechselten Ausdruck – „Demokratiedrama“. Die Geschworenen – alles Männer übrigens, was uns heute sehr befremdlich anmutet – tragen nicht nur zur Rechtspflege bei. Es geht, dies wird vor allem in der Schlussequenz deutlich, um die Pflege des Gemeinwesens als Ganzes.

Eine Stelle ist dabei besonders erhellend: Einer der Geschworenen ist erstaunt darüber, dass er als gewöhnlicher Bürger zu dieser hoheitlichen Aufgabe berufen wurde. Er sucht das richtige Wort: „We were... notified“ - „Wir wurden... benachrichtigt, einbestellt, einberufen.“ Ich würde hier ergänzen: in Anspruch genommen.

Über diese Gedankenfigur und demokratische Praxis möchte ich in den folgenden 25 Minuten mit Ihnen nachdenken und Ihnen einige Ergebnisse Thesen vorstellen: Was bedeutet es konkret, dass die Demokratie die Bürgerinnen und Bürger – also uns alle – in Anspruch nimmt?

Diese Frage gewinnt ihre Relevanz und Dringlichkeit nicht nur vor dem Hintergrund der Corona-Krise, sondern auch vor dem Hintergrund einer länger zurückreichenden der liberalen repräsentativen Demokratie. Von einer solchen Krise der Demokratie, der politischen Parteien oder der politischen Repräsentation ist seit langem die Rede. Man könnte leicht versucht sein, diese Frage als bloßes Krisengeräusch abzutun. Doch die Entwicklungen in vielen etablierten Demokratien, in den USA, aber auch in Osteuropa oder Lateinamerika, zeigen, dass Demokratien hochgradig fragile Gebilde sind und dass das Abgleiten in Autoritarismus eine reale Gefahr darstellt. Gerade wenn man davon ausgeht, dass die Erosion der Demokratie leise und unscheinbar vonstattengehen kann, gibt es gute Gründe, sich Sorgen zu machen.¹

Eine weit verbreitete Erklärung für die Krise der repräsentativen Demokratie lautet, dass es sich um eine Störung des Verhältnisses zwischen Bürgerinnen und Bürgern einerseits und politischen Verantwortungsträgern andererseits handelt. Im deutschen Sprachraum lauten die entsprechenden Schlagworte dann Politikverdrossenheit, Politikerverdrossenheit oder Parteienverdrossenheit. Die Störung dieses Verhältnisses wird meist als eine mangelnde Responsivität, also Antwort-Willigkeit oder Sensibilität, des politischen Systems beschrieben: Interessen und Präferenzen vor allem von ökonomisch schwachen oder kulturell marginalisierten Gruppen würden so lange überhört², bis sie sich irgendwann eruptiv in populistischen

¹ Eine Warnung vor historischen Analogien formuliert David Runciman: Das Ende der Demokratie könnte, so seine Warnung, nicht mit Fackelumzügen und Gewalt, sondern auch ganz leise und unbemerkt eingeläutet werden. Runciman, David, *How Democracy Ends*, London 2018.

² Vgl. hierzu z.B. Schäfer, Armin, 2015: Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet, Frankfurt am Main.

Bewegungen artikulierten. „Hört uns endlich zu!“, scheinen aus dieser Perspektive diejenigen zu rufen, die zu den Verlierern von Globalisierung, Migration und ökonomischer Dynamisierung gehören oder sich zumindest potenziell von diesen Trends bedroht sehen.

Die Krise der repräsentativen Demokratie ist aus dieser Sicht abzuwenden, indem „die Politik“ auf den Anspruch der Bürgerinnen und Bürger möglichst genau und schnell, ja womöglich gar „unvermittelt“ antwortet. Eine typische Sprachwendung für diese Vorstellung lautet, die Politik solle doch gefälligst „liefern“. „Deliver Brexit“ war und ist eine völlig unhinterfragte, ja geradezu obsessiv gebrauchte Formel in der britischen Debatte.

Diese Beschreibung ist nicht einfach falsch: Natürlich müssen politische Verantwortungsträger auf die Präferenzen der Bevölkerung Rücksicht nehmen und, zumindest wo möglich und wo vernünftig, diesen entsprechen. Aber die Demokratie ist auch kein Pizzaservice, wo beständig genau dies geliefert werden kann und muss, was gerade bestellt wurde. Politische Präferenzen müssen immer auch geprüft, abgewogen, miteinander in Einklang gebracht oder anders gesagt: *vermittelt* werden. Genau das Gegenteil – eine *unvermittelte* Umsetzung eines ihnen erstaunlicherweise direkt zugänglichen Volkwillens – versprechen bekanntlich die Populisten.

Gehört werden – was heißt das genau?

Wenn man die Quelle der Politikverdrossenheit in der mangelnden Responsivität verortet, leitet diese Diagnose zu einer bestimmten Form von Therapievorschlag an. Die politikwissenschaftliche und auch die gesamtgesellschaftliche Debatte kreist entsprechend um eine Belebung der Teilhabe, um „democratic innovation“ im weitesten Sinne. Gemeint sind damit mögliche Erweiterungen und Ergänzungen des politischen Systems, die den sogenannten Input-Kanal, der von der Gesellschaft in die Politik fließt, durchlässiger machen sollen. Beteiligungsverfahren, direktdemokratische Elemente, Bürgerforen (sogenannte „mini-publics“) und andere Verfahren werden breit diskutiert, umfassend erforscht und in vielen Ländern, Regionen und Kommunen erprobt oder bereits routiniert eingesetzt.³ Baden-Württemberg engagiert sich bekanntlich in besonderer Weise in dieser Hinsicht.

Aber lässt sich die Fragerichtung nicht auch umdrehen? Dann ergibt sich ein Perspektivwechsel, der diese Bemühungen weder kritisieren noch gar konterkarieren, aber doch wesentlich *ergänzen* könnte. Könnte die Rede vom Anspruch *auf* Demokratie nicht auch anders gelesen werden, als ein Anspruch *der* Demokratie, ein Anspruch, den nicht nur die Bürgerinnen und Bürger gegenüber „der Politik“ formulieren, sondern den die Demokratie an diese stellt? Der Anspruch der Demokratie – das könnte dann heißen: nicht nur Ansprüche formulieren, sondern selbst Ansprüchen ausgesetzt sein, antworten müssen, responsiv sein.

Diese Umkehrung der Perspektive geht von der Hypothese aus, dass in gestörten Beziehungen stets beide Seiten das jeweilige Verhalten überdenken sollten. Neben der bisweilen etwas diffusen, bisweilen sehr gut begründeten Frustration von Bürgerinnen und Bürgern, die sich nicht „gehört“ fühlen, gibt es auch eine Ermüdung

³ Aus der breiten Literatur sei hier nur beispielhaft verwiesen auf: *Handbook of Deliberative Democracy*, hrsg. von André Bächtiger, John S. Dryzek, Jane Mansbridge und Mark E. Warren, Oxford 2018.

von Verantwortungsträgern, die sich einem unspezifischen politischen Unmut ausgesetzt sehen, der bisweilen mit politischem Desinteresse und mangelndem Engagement einhergeht.

Versteht man Demokratie als ein Resonanzverhältnis zwischen Bürgerinnen und Bürgern einerseits und politischen Verantwortungsträgern andererseits, so muss dieses Verhältnis als ein Dialog gedacht werden, in dem keineswegs nur die eine Seite auf die andere zu hören hat. Resonanzverweigerung findet nicht nur durch Teile der politischen Eliten statt, die keine Kultur des Zuhörens pflegt; sie kann auch bei Bürgerinnen und Bürgern beobachtet werden, die glauben, dem politischen Gemeinwesen nichts zu schulden, ihm voller Rechte aber ohne Pflichten gegenüberzustehen. Demokratie ist jedoch eine Regierungsform und vielleicht auch eine gesellschaftliche Kultur, die uns nicht nur erlaubt, unsere Ansprüche zu formulieren, sondern die, so lautet meine These: uns auch *in Anspruch nimmt*.⁴

Eine bloß ökonomische Theorie von Politik

Aber wie sind wir dazugekommen, Politik nur noch als „transactional“, wie man in den USA sagt, nur noch als Spiel von „give-and-take“, als bloßes Erarbeiten von *deals* zu verstehen? Ganz offenbar haben sich Begriffe und Vorstellungen aus der Ökonomie in unsere politische Vorstellungswelt eingeschlichen: Bürgerinnen als Kundinnen, Politikerinnen als Dienstleisterinnen, Kompromisse als *deals*. Donald Trump ist hier nur die Spitze eines über Jahre angewachsenen Eisbergs. Das Resultat kann dann langfristig in einer ökonomischen Überlagerung der politischen Vorstellungswelt liegen, in der die Demokratie zu einem Supermarkt wird, an dessen Angebot herumkritisiert werden darf, ohne dieses Angebot selbst zu erweitern.⁵ Wer bloß als politischer Konsument angesprochen wird, der mit Steuern oder Stimmen eine bestimmte Leistung „kauft“, wird dieses Denkmuster verinnerlichen.

Wer indes demokratisch gesinnte, am Gemeinwohl interessierte Bürgerinnen und Bürger für notwendig hält, darf sich nicht scheuen, neben dem Anspruch *auf* Beteiligung, auch dem Anspruch *der* Beteiligung eine Form zu geben. Vor allem in der republikanischen Traditionslinie des politischen Denkens wurde immer wieder herausgearbeitet, dass der engagierte *citoyen* oder die *citoyenne* nicht einfach als gegeben vorausgesetzt werden kann, sondern durch Inanspruchnahme hervorgerufen wird: Der *citoyen* und die *citoyenne* müssen *ins Leben gerufen werden*.

Formen der Inanspruchnahme

Diese abstrakten Beschreibungen gewinnen an Anschaulichkeit, wenn man sich vergegenwärtigt, dass Demokratien seit ihren Anfängen konkrete Mechanismen und Verfahren ausgebildet haben, die die Bürgerinnen und Bürger auf verschiedene Weise zu einer Antwort zwingen. Die allgemeine Wehrpflicht, die durch die *levée en masse* zur Verteidigung der Französischen Republik gegen die Kräfte der Reaktion umgesetzt wurde, stellt ein extremes Beispiel für einen solchen Bürgerdienst dar. Sanftere, zivilere Formen sind bis heute selbstverständlich, aber in ihrer

⁴ Dieser „Anspruch“ wird besonders anschaulich in der hier in modifizierter Form verwendeten legendären Graphik des Illustrators James Montgomery Flagg (1877-1960) „I want you for U.S. Army“, der wohl prägendsten Ausgestaltung der amerikanischen Staatsallegorie von *Uncle Sam*.

⁵ In diesem Fall wird aus der analytischen Haltung einer ökonomischen Beschreibung von Politik die normative Erwartung, dass Bürgerinnen und Bürger nicht das Gemeinwohl, sondern nur das private Interesse verfolgen.

demokratiethoretischen Tragweite meist verkannt oder aufgrund des historischen Schreckens und der Konnotationen verdrängt.

Es ist ja so: Aus guten Gründen läuft uns heute ein kalter Schauer über den Rücken, wenn wir an einen Staat zurückdenken, der in der Tradition vormoderner Frondienste zum Appell rufen konnte. Aber womöglich sollten wir uns von diesen Assoziationen auch nicht völlig in den Bann schlagen lassen. Es gibt durchaus demokratiekompatible Formen einer auf Pflicht beruhenden Bürgerbeteiligung.

Die Funktion des Schöffen erinnert die Bürgerin und den Bürger beispielsweise daran, dass er zur Pflege des Gemeinwohls verpflichtet ist. Auch wer per Losverfahren zur Wahlbeobachtung oder Wahlhilfe berufen wird, wird als *citoyen* oder *citoyenne*, nicht als Konsument oder Träger von Rechten, angesprochen. Selbst die Besteuerung von uns Bürgern lässt sich, unterscheidet man sie sauber von einer leistungsbezogenen Abgabe (wie Paul Kirchhof mehrfach prominent in Erinnerung rief), als ein politischer, kein bloß ökonomischer Vorgang deuten.⁶ In der republikanisch geprägten Schweiz hat zudem jede Postsendung zu einer Volksabstimmung die Form eines Anspruchs: Der Stimmzettel und das Informationsmaterial signalisieren den Empfängerinnen und Empfängern, dass man er Eidgenossenschaft Zeit und Aufmerksamkeit schuldig ist.

Dieser *Anspruch der Demokratie* lässt sich, so scheint mir, auf drei Ebenen veranschaulichen. Zum *ersten* lohnt aus meiner Sicht eine gründliche Rekonstruktion all jener Theorien und Praktiken der Adressierung von Bürgern, die vor allem im republikanischen Denken zu finden sind: Einberufungen, Bürgerdienste, Jury-Gerichte, Wahlpflicht und andere Formen der Inanspruchnahmen. Dabei interessieren mich vor allem die Auswirkungen dieser Praktiken auf die angesprochenen Menschen.⁷ Will man den Bürger als responsives Wesen verstehen, so gilt es, die Art und Weise zu verstehen, in der eine Gemeinwohlorientierung nicht durch vorstaatliche und vorpolitische Institutionen „bereitgestellt“⁸, sondern als Reaktion auf eine (beständige) Konfrontation mit Rollenansprüchen *hervorgebracht* wird. Etwas flapsig formuliert: Wie man die Menschen anspricht, so antworten sie auch. Wer sie als Konsumenten anspricht, wird am Ende politische Konsumenten vor sich haben.

Nach dieser Vorstellung werden Bürgerinnen und Bürgern nicht nur in einem vorpolitischen Raum (Familien, Kirchen, Vereine etc.) zu Bürgern sozialisiert, sondern vor allem auch durch staatliche Institutionen (Schulen etc.) zu Bürgern gemacht. Eine solche Vorstellung steht dem französischen Republikanismus näher

⁶ Es geht hier keineswegs darum, Position für Kirchhofs Vorschläge zu einer Steuerreform zu beziehen. Demokratiethoretisch relevant scheint mir indes die von Kirchhof prominent in Erinnerung gerufene Trivialität, dass das Verhältnis zwischen Bürgern und Staaten kein ökonomisches Verhältnis darstellt, dass Steuern keine Bezahlung für eine Dienstleistung darstellen und daher Staaten kategorial andere Institutionen als Unternehmen darstellen.

⁷ Zur „subjektivierungstheoretischen“ Debatte vgl. Saar, Martin, „Analytik der Subjektivierung: Umriss eines Theorieprogramms“, in: Gelhard Andreas, Thomas Alkemeyer und Norbert Ricken (Hrsg.), *Techniken der Subjektivierung*, Paderborn 2013, S. 17-28.

⁸ So lautet die oft als „Böckenförde-Theorem“ bezeichnete Formel: „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.“ (Böckenförde, Ernst-Wolfgang, *Staat, Gesellschaft, Freiheit*, Frankfurt am Main 1976, S. 60.) In Abgrenzung zu Böckenförde geht es mir gerade darum zu zeigen, dass durch republikanische Praktiken die Rolle des Staatsbürgers „hervorgebracht“ oder zumindest provoziert werden kann.

als einer liberalen Vorstellung einer autonomen Zivilgesellschaft, die die Wertevermittlung auch ohne Staat zu leisten vermag. Ich erläutere kurz über drei Beispiele, an denen sich zeigen lässt, was gemeint ist:

Die ausgeloste Bürgerin / Der ausgeloste Bürger

Die von Hubertus Buchstein und Bernard Manin in die Diskussion gebrachte antike Praxis einer per Losverfahren vollzogenen Integration von Bürgerinnen und Bürgern in politische Prozesse⁹ kennt eine abgewandelte Anwendung in den „mini-publics“, die beispielsweise in *British Columbia* durchgeführt werden.¹⁰ Hierzu werden per Zufall ausgesuchte Personen zu Beratungsverfahren geladen und zur Aufarbeitung von Informationen und politischen Optionen angeleitet. Meist wird diese Form der Rekrutierung als Beteiligungsverfahren, als Ausweitung des Inputs, gedeutet; ich möchte hingegen eine Neudeutung entwickeln, die den Umstand akzentuiert, dass hier nicht nur vorab gegebene Personen zur Beteiligung geladen werden, sondern durch die (Vor-, bzw. Ein-)Ladung Persönlichkeiten mitgeformt werden. Der Charakter der moralischen (nicht notwendigerweise juristischen) Verpflichtung zur Beteiligung scheint hier ausschlaggebend.

Aus meiner Sicht lohnt vor diesem Hintergrund eine ausführliche Auseinandersetzung mit den Praktiken und Auswirkungen von allen Formen von Bürgerräten, die nicht nur spontan entstehenden Interessen kanalisieren, sondern diese selbst *systematisch* initiieren. Auch in Formaten wie Bürger-Budgets wird aus dieser Perspektive bedeutsam, wie im Einzelnen die Bürgerinnen und Bürger auf Teilnahmemöglichkeiten hingewiesen werden. Gerade die lokalen Ebenen der Politik, die Gemeinden, haben hier viel Erfahrung gesammelt. Aktuell lässt sich an dem von Emmanuel Macron eingesetzten *Bürgerrat zur nachhaltigen Entwicklung* beobachten, was geschieht, wenn Bürgerinnen und Bürger nach konkreten Vorschlägen gefragt werden. Die Forderung, irgendwer solle mal irgendetwas machen, reicht dann nicht mehr.

Gemeinsam urteilen

Ein zweites wichtiges Beispiel dafür, dass die Demokratie Ansprüche an den Einzelnen erhebt, stellen alle Formen der Integration ins Rechtssystem dar. Vor allem das schon erwähnte amerikanische Rechtssystem kennt durch die Jury-Verfahren einen paradigmatischen Mechanismus, bei dem die Bürgerinnen und Bürger zur Rechtspflege in die Pflicht genommen werden. Auch wenn diese Praxis aus guten Gründen nicht im deutschen Rechtssystem integriert wurde und aus systematischen Gründen nicht integrierbar scheint, so bildet eine genauere Betrachtung der Jury-Verfahren doch die Möglichkeit, deren demokratiethoretische Dimension zu aufzuzeigen. Ähnlich wie in der Institution des Schöffen werden hier nämlich auf exemplarische Weise Laien von Beobachtern zu Beteiligten gemacht. Der entscheidende Mechanismus dieses Verfahrens besteht aus meiner Sicht darin, für den Bürger und Bürgerin erfahrbar zu machen, dass die „Rechtspflege“ nicht vollständig delegiert werden kann, sondern dass alle Bürgerinnen und Bürger einer

⁹ Manin, Bernard, Kritik der repräsentativen Demokratie, Berlin 2009; Buchstein, Hubertus, Demokratie und Lotterie: Das Los als politisches Entscheidungsinstrument von der Antike bis zur EU, Frankfurt am Main 2009.

¹⁰ Zentral ist hier: Fishkin, James S., When the People Speak: Deliberative Democracy and Public Consultation, Oxford 2009.

Republik an ihr teilhaben müssen.¹¹ Gerade was die juristische Bildung angeht, bestehen in der Bundesrepublik jedoch an den allgemeinbildenden Schulen große Lücken.

Bürgerdienste

Ein drittes wichtiges Element in der Geschichte des Anspruchs der Demokratie stellen alle Formen von verpflichtenden Bürgerdiensten dar. Die deutsche Erfahrung des bundesrepublikanischen Ideals des „Staatsbürgers in Uniform“ lohnt einer Wiederentdeckung. Die Wehrpflicht ist bekanntlich ausgesetzt; sie wieder einzuführen scheint wenig sinnvoll. Und doch lohnt ein Rückblick auf die Wirkungen dieses Mechanismus. Hierzu gehören auch die Auswirkungen des Zivildienstes, der in den rund drei Jahrzehnten zwischen 1970 und 2000 zu einem für viele Bundesbürger prägenden Lebensabschnitt wurde. Viele werden negative Erinnerungen haben, an Langeweile oder harte Arbeit in der Pflege. Aber viele verbinden auch positive Erinnerungen mit dem Zivildienst, eine echte Horzonterweiterung, einen sehr lehrreichen Rollenwechsel.

Ist eine Form von Bürgerdienst denkbar, die das Paradigma militaristischer Erziehung zu „Mannhaftigkeit“ und „Opferbereitschaft“ überwindet, ohne damit zugleich den Grundgedanken einer allgemeinen Verpflichtung gegenüber dem Gemeinwesen aufzugeben? In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage nach einer möglichen Neugestaltung von Bürgerdiensten relevant, beispielsweise über den Titel des *compulsory sustainability service* (also eines verpflichtenden Nachhaltigkeitsdienstes) oder eines EU-weiten europäischen Bürgerdienst.¹² Eine entscheidende Frage wäre aus meiner Sicht hierbei, wie ganz konkret die Bürgerinnen und Bürger angesprochen werden: Als bloße Dienstleister im Wortsinne oder als Verantwortungsträger? Was wäre die Wirkung eines Einberufungsbescheids zu einem Bürgerdienst? Welches Wappen oder Siegel sollte hier am Briefkopf zu finden sein? Die Gemeinde, das Bundesland, die Bundesrepublik oder gar die EU? Diese materielle und zugleich symbolische Ebene der Demokratie ist keineswegs sekundär.

Ausblick: Freiheit und Beteiligung

Eine Zaubерlösung werden diese Mechanismen natürlich nicht darstellen. Die Krise der Demokratie hat viele Ursachen und wie bei medizinischen Syndromen auch, wird auch hier nur eine Kombination verschiedenster Maßnahmen Linderung bringen. Und doch kann uns die Umkehrung der Fragerichtung dazu anregen, noch einmal über das Verhältnis von Freiheit und Beteiligung nachzudenken.

Ich schließe mit einem Zitat von Manfred Rommel: „Ein Wesensmerkmal der freiheitlichen Demokratie ist darin zu sehen, dass sie den Menschen in den grundsätzlichen Fragen seiner Existenz nicht manipulieren möchte...“, betonte Manfred Rommel in einer Rede. Rommels Akzentuierung eines Rechts auf Rückzug und Privatheit, seine Warnung vor dem übergriffigen Staat, bleibt bis heute aktuell und wichtig.

¹¹ Dieser Grundgedanke findet im deutschen recht bspw. in der Verpflichtung zur Anzeige geplanter Straftaten ihren Ausdruck (vgl. § 138 StGB).

¹² Barry, John (2008): „Towards a Green Republicanism: Constitutionalism, Political Economy, and the Green State“, in: *The Good Society*, Bd. 17/2, S. 1-12. Ich denke dabei auch an die in Neuseeland geführte Debatte.

Durch seine politische Arbeit hat er indes zugleich vorgelebt, dass die private Autonomie des Einzelnen nur geschützt werden kann, wenn das freiheitlich-demokratische Gemeinwesen von Bürgern getragen wird, die sich engagieren und sich den Zumutungen der Demokratie ausseichtzen. Dass der Staat den Menschen in seinen existenziellen Antworten nbevormunden darf, bedeutet nicht, dass er Bürgerinnen und Bürger nicht in Anspruch nehmen darf. Die Corona-Krise zeigt, dass Menschen, die man als verantwortungsfähige und vernünftige Menschen anspricht, diesen Anspruch in der Regel auch nicht unbeantwortet lassen.

PD Dr. Felix Heidenreich ist wissenschaftlicher Koordinator am Internationalen Zentrum für Kultur- und Technikforschung (IZKT) der Universität Stuttgart und chercheur associé am CEVOPOF in Paris. Der vorliegende Text beruht auf einem Forschungsprojekt, das im Rahmen des ersten Manfred-Rommel-Stipendiums der Landeshauptstadt Stuttgart gefördert wurde. Eine ausführliche Studie wird als Buch erscheinen. Im Sommer beginnt die Veröffentlichung eine Serie von podcast-Interviews, die Felix Heidenreich mit verschiedenen Forscherinnen und Forschern zu Fragen der Transformation der Demokratie geführt hat. Weitere Informationen finden Sie auf den Seiten des StadtPalais Stuttgart:

<https://www.stadtpalais-stuttgart.de>